



## Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Florian von Brunn, Margit Wild, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller SPD**

### Hongkongs Autonomie respektieren

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Die Volksrepublik China hat sich bei der Rückgabe Hongkongs durch Großbritannien völkerrechtlich bindend verpflichtet, der Sonderverwaltungszone im Rahmen des Prinzips „Ein Land, zwei Systeme“ bis 2047 weitreichende Autonomie zu gewähren. Dazu gehören Freiheitsrechte wie die Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Das Basic Law hält fest, dass die Spitze der Verwaltung in Hongkong und die Mitglieder des Legislativorgans durch allgemeine Wahlen gewählt werden.

Der Landtag verurteilt die seit 2019 zunehmend erkennbaren massiven Einschränkungen der Freiheitsrechte durch Polizei und Verwaltung in Hongkong.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich in geeigneter Weise im Rahmen ihrer bestehenden Kontakte zur Volksrepublik China dafür einzusetzen, dass Peking völkerrechtliche Vereinbarungen respektiert und Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Justiz, Schutz der Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten in Hongkong vollumfänglich gewährleistet, sich gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong dafür einzusetzen, dass das Recht aller Menschen sich friedlich zu versammeln, geschützt wird und Menschen nicht allein aufgrund ihrer Beteiligung an friedlichen Versammlungen strafrechtlichen Sanktionen unterworfen werden.

### Begründung:

Die fast 3 000 kommunistischen Delegierten des Nationalen Volkskongresses Chinas haben im Mai 2020 eine neue Doktrin beschlossen, die de facto das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ für Hongkong durch den Grundsatz „Ein Land, eine Partei, ein System“ ersetzt. Die freie Parlamentswahl in Hongkong im September wird damit zur Farce. Künftig sollen zudem chinesische Sicherheitskräfte statt der Hongkonger Polizei in der Hafenmetropole das staatliche Gewaltmonopol innehaben.

Chinakritische Oppositionelle in Hongkong bringen seit Juni 2019 ihre Befürchtung und Sorge zum Ausdruck, dass mit der zunehmenden chinesischen Einflussnahme in der Sonderverwaltungszone demokratische Strukturen und Rechtsstaatlichkeit abgeschafft werden. China hat seine militärische Präsenz in Hongkong deutlich ausgeweitet.

Bayerns gute Beziehungen zu Hongkong sollten auch vor diesem Hintergrund weiter gepflegt und ausgebaut werden. Hongkong gehört seit 2015 zu Bayerns 45 wichtigsten Handelspartnern weltweit. 2019 betrug das Handelsvolumen 1.104 Mrd. Euro (Einfuhr 828 Mrd. Euro/Ausfuhr 276 Mrd. Euro).

Aktuell sind zudem elf bayerische Hochschulen mit zehn bayerischen Hochschuleinrichtungen in Hongkong in insgesamt 22 Hochschulkooperationen verbunden. Die

günstige Lage Hongkongs zu Bayerns Partnerregion Guangdong mit ihren Metropolen Guangzhou und Shenzhen sowie dem Perlfussdelta ist eine wertvolle Basis für ein stärkeres Interesse der bayerischen Hochschulen an Kooperationen. Im Wintersemester 2019/2020 waren im Übrigen 84 Studierende der Hochschulen in Bayern Staatsangehörige Hongkongs.